

FDP-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/2146**

Verantwortlich: **Dez. 6**

Dienststelle: **StplA**

Umsetzung von Beteiligungsverfahren in den Karlsruher Stadtteilen im Bereich öffentlicher Raum und Verkehr

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	15.11.2022	25	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt, neben den klassischen Verfahren der Bürgerbeteiligung das digitale Beteiligungsportal künftig noch stärker in Planungsprozesse einzubeziehen und zu gegebener Zeit die Erfahrungen von Stadtplanungsamt und Amt für Stadtentwicklung gemeinsam im Planungsausschuss zu diskutieren.

Bei der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Projekten im Bereich öffentlicher Raum und Verkehr bestehen keine Unterschiede zwischen der Kernstadt und verschiedenen Stadtteilen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:		
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.		
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Korridortheema: Online-Bürgerbeteiligungsportal	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

1. Wie gewährleistet die Stadt Karlsruhe eine umfassendere Beteiligung aller betreffenden Anwohnenden, Einrichtungen, Betriebe, Verkehrsteilnehmenden etc. bei Projekten im Bereich öffentlicher Raum und Verkehr in den verschiedenen Stadtteilen?
2. Wie wird bei der Befragung im Rahmen der verschiedenen Beteiligungsprozesse jeweils genau vorgegangen? Bei welchen Projekten im Bereich öffentlicher Raum und Verkehr wurden die betreffenden Gruppen wie genau zur Umsetzung und Ausgestaltung befragt (Bitte um Darlegung und Übersicht)?

Bei der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Projekten im Bereich öffentlicher Raum und Verkehr bestehen keine Unterschiede zwischen der Kernstadt und verschiedenen Stadtteilen.

Mit dem „Konzept zur systematischen Bürgerbeteiligung“ verfügt die Verwaltung über einen Instrumentenkasten unterschiedlicher Methoden und Verfahren die bei Bürgerbeteiligungsprozessen angewandt werden können. Das Amt für Stadtentwicklung bereitet gegenwärtig die Fortschreibung des Konzeptes vor, um neue Verfahrensweisen und Strukturen der Bürgerbeteiligung in Karlsruhe zu etablieren. Dabei kann das Thema Beteiligungsprozesse im Bereich öffentlicher Raum und Verkehr gesondert betrachtet und für diese spezifische Verfahren definiert werden.

Ziel der Bürgerbeteiligung ist es immer, ein möglichst repräsentatives Meinungsbild der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu einem Thema einzuholen und den gewählten Gremien für ihre Entscheidungen zur Verfügung zu stellen. Dafür sind mitunter verschiedene Ansätze und Formate der Beteiligung notwendig, um eine breite und inklusive Beteiligung zu gewährleisten. Der Tatsache, dass insbesondere soziale Ungleichheit und der Verlauf von Bildungsbiographien die Partizipationswahrscheinlichkeit und -affinität strukturieren, muss in entsprechenden Formaten offensiv Rechnung getragen werden. Zudem ist zu beachten, dass die Stimmen diskussionsaffiner bzw. organisierter Interessensgruppen nicht deckungsgleich mit den Interessen der Gesamtbevölkerung sein müssen. Die Herausforderung für die gewählten Vertreterinnen und Vertreter liegt darin, diese oft als widerstreitende Partikularinteressen einzelner Personen oder Gruppen geäußerten Wünsche oder Forderungen in eine am Gemeinwohl orientierte Entscheidung zu integrieren.

Bürgerbeteiligungsprozesse sind zeitintensiv und kostenaufwändig. Daher ist der Umfang der jeweils angewandten Methoden und Verfahren auf den zur Entscheidung anstehenden Sachverhalt abzustimmen und abzuwägen, welche Ressourcen für die Beteiligung jeweils zur Verfügung stehen. Der Beteiligungsprozess zur Entwicklung des Verkehrsentwicklungsplans lief seinerzeit über vier Jahre. Ebenfalls lange Beteiligungsprozesse gab es bei den großen Projekten der Stadtentwicklung (beispielsweise bei der zweiten Rheinbrücke, bei der Stuttgarter Straße oder beim „Fairen Parken“). Schon immer werden Sanierungsgebiete mit einem intensiven Bürgerbeteiligungsprozess über mehrere Jahre begleitet. Aktuell laufen größere Verfahren beim Sportpark Untere Hub, zur Umfahrung Hagsfeld oder zu den Rad-schnellwegen.

Eine Anforderung an Bürgerbeteiligungsprozesse ist es zum einen, möglichst alle direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen und zum anderen, den Prozess so zu gestalten, dass allen Interessierten eine Teilnahme ermöglicht wird. Bei der Terminierung von Veranstaltungen sollten daher immer Zeiträume für Ortsbegehungen oder Präsenzveranstaltungen gewählt werden, die am späten Nachmittag oder frühen Abend stattfinden, um einem breiten Feld der Bevölkerung eine Teilnahme zu ermöglichen. Nichtsdestotrotz wird es immer wieder Personengruppen geben, die aufgrund von unterschiedlichen Verpflichtungen (Geschäftszeiten, familiäre Gegebenheiten, Pflege und Betreuung von Angehörigen/Kindern etc.) nicht an Terminen vor Ort teilnehmen können. Daher ist es wichtig, Bürgerbeteiligung auch über Online-Angebote anzubieten, um alle Interessierten die Chance auf Beteiligung zu ermöglichen. In der Vergangenheit hat sich dabei eine gute Mischung aus Online- und Präsenz-Angeboten bewährt. Die Pandemiesituation hat dies in den letzten zwei Jahren deutlich erschwert,

weswegen Präsenzveranstaltungen in deutlich geringerem Umfang stattfinden konnten und die digitale Beteiligung einen immer wichtigeren Stellenwert bekommen hat.

Mit dem digitalen Beteiligungsportal der Stadt Karlsruhe existiert bereits ein sehr gutes Instrument, das sowohl die Darstellung von Informationsgrundlagen über den jeweiligen Sachverhalt als auch eine grundsätzliche Online-Beteiligung an einem bestimmten Projekt ermöglicht.

Der Vorteil der Nutzung des Bürgerbeteiligungsportals für Bürgerbeteiligungsprozesse liegt in der zeitlichen Verfügbarkeit. So kann eine Nutzerin bzw. ein Nutzer des Portals, nach vorheriger einmaliger Registrierung, in der Beteiligungsphase eines Projektes zu jeder beliebigen Zeit online partizipieren.

Das Amt für Stadtentwicklung und das IT-Amt arbeiten gemeinsam und in Abstimmung mit dem externen Dienstleister daran, die Niedrigschwelligkeit des Portals zu stärken. Gleichzeitig ersetzt das Beteiligungsportal keine direkte Diskussion von Teilnehmenden. Das Portal bietet zudem keine technische Möglichkeit der anzustrebenden Heterogenität der Teilnehmenden und der Ausgleichung von Partikularinteressen Rechnung zu tragen. Im Rahmen von Projekten, denen seitens der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit zukommt, sollte das Beteiligungsportal daher in erster Linie ergänzend zum Einsatz kommen.

Ein Großteil der aktuellen Beteiligungsprozesse auf dem Bürgerbeteiligungsportal sind dem Bereich Stadtplanung und Verkehr zuzuordnen. Um deren Aktualität und Bekanntheit in der Öffentlichkeit zu steigern, wird die Intensität der Kooperation zwischen Stadtplanungsamt und Amt für Stadtentwicklung bezüglich des Bürgerbeteiligungsportals künftig ausgebaut. Dies bezieht sich insbesondere auf die eigenständige Verwaltung der aktuellen Projekte durch die verschiedenen Fachbereiche des Stadtplanungsamtes, wobei das Amt für Stadtentwicklung in die praktische Anwendung einführt und anschließend eine Controlling-Funktion übernimmt.

Der letzte dem Bereich Stadtplanung und Verkehr zuzuordnende Online-Beteiligungsprozess wurde Mitte Februar zum Verkehrsversuch auf der Herrenalber Straße gestartet. Bereits am ersten Tag des Verkehrsversuchs gingen mehrere Rückmeldungen über dieses Portal ein.

Link zum Portal: <https://beteiligung.karlsruhe.de/content/bbv/details/113/>

Das Bürgerbeteiligungsportal gewährleistet, dass mit den digitalen Partizipationsmöglichkeiten vertraute Bevölkerungsgruppen ihre individuelle Betroffenheit unkompliziert zum Ausdruck bringen und sich mit konstruktiven Vorschlägen an den weiteren Planungsschritten beteiligen können. Dadurch, dass die einzelnen Beiträge für alle Nutzer sichtbar sind und kommentiert werden können, entsteht auch ein gewünschter Dialog unter den Beteiligten. Die Verwaltung und die gewählten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger können die Äußerungen auswerten und in ihre weiteren Überlegungen einbeziehen. Insofern eignet sich das Bürgerbeteiligungsportal als flankierendes, digitales Element zu klassischen Formen der Bürgerbeteiligung im Sinne von Präsenzveranstaltungen, ohne diese ersetzen zu können.

Die großen Projekte der Stadtentwicklung (s.o.) und die Sanierungsgebiete werden auch künftig mit den eingespielten Verfahren der Bürgerbeteiligung begleitet.

Das Amt für Stadtentwicklung wendet im Rahmen eigener sowie im Auftrag anderer Fachämter ausgeführter Beteiligungsprozesse das Instrument der Zufallsauswahl an. Die Zufallsauswahl ist ein Auswahlverfahren zur Ziehung von repräsentativen Stichproben aus dem Melderegister der Stadt Karlsruhe. Der unterschiedlichen Beteiligung verschiedener soziodemographischer Gruppen, kann durch eine entsprechende Schichtung und Quotierung der Stichprobe begegnet werden. Darüber hinaus hat das Amt für Stadtentwicklung in den letzten Jahren Kontakte zu einer Vielzahl sozialer Akteure in den Stadtteilen ausgebaut und seine Zusammenarbeit mit der Sozial- und Jugendbehörde intensiviert, nicht zuletzt im gemeinsam verantworteten Projekt der Sozialen Quartiersentwicklung, um stille und vulnerable Gruppe besser erreichen und einbinden zu können. Das Amt für Stadtentwicklung kann

dieses Know-how dem Stadtplanungsamt im Rahmen künftiger Beteiligungsprozesse zur Verfügung stellen.

Bei kleineren und räumlich begrenzten Projekten wie die Ausdehnung von Radwegen, die Änderung von Bewohnerparkzonen oder die Durchführung von Verkehrsversuchen könnte das digitale Beteiligungsportal verstärkt für die Beteiligung der Öffentlichkeit eingesetzt werden. Es gewährleistet, dass thematisch besonders interessierte und mit den digitalen Partizipationsmöglichkeiten vertraute Gruppen ihre Erwartungen, Bedürfnisse aber auch Sorgen und Einwendungen mit relativ geringem Aufwand äußern können.

Die Bürgervereine werden bereits bisher regelmäßig über aktuelle Planungen informiert und berichten darüber teilweise in ihren Vereinsheften. Es wäre denkbar, diese Form der Kommunikation weiter auszubauen, um vor allem Personengruppen zu erreichen, die mit digitalen Partizipationsmöglichkeiten nicht vertraut sind. Da die Bürgervereine aber auch nur einem bestimmten Teil der Bevölkerung repräsentieren und erreichen und nicht alle Menschen Zugang zu digitalen Medien haben, sollten auch weiterhin klassische Formen der Bürgerbeteiligung vor Ort sowie digitale Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden.

Auch wenn neue Projekte auf dem Bürgerbeteiligungsportal mit relativ geringem Verwaltungsaufwand erstellt werden können, ist für die verstärkte Nutzung des Portals dennoch ein zusätzlicher Personalaufwand zu kalkulieren. Dieser liegt zum einen beim Stadtplanungsamt (Erstellung der Inhalte, Auswertung der Beiträge, Sicherstellung der Aktualität der Projekte), sowie zum anderen beim Amt für Stadtentwicklung (Betrieb des Portals, technische Bearbeitung der Projekte, tägliche Moderation der Beiträge).

Um diesen Aufwand in einem überschaubaren Rahmen zu halten, schlägt die Verwaltung vor, das Beteiligungsportal neben den klassischen Verfahren der Bürgerbeteiligung versuchsweise verstärkt für planungsausschussrelevante Projekte einzusetzen.

Zum Beispiel wäre auch die aktuelle Diskussion um eine veränderte Aufteilung des Straßenquerschnitts der Reinhold-Frank-Straße sehr gut für das Beteiligungsportal einsetzbar.

Eine Übersicht über die verschiedenen laufenden Beteiligungsprozesse ist im Internet abrufbar.

Für städtebauliche Projekte, Bebauungspläne und Sanierungsgebiete:
<https://www.karlsruhe.de/mobilitaet-stadtbild/stadtplanung>

Für die Projekte im Online-Beteiligungsportal:
<https://beteiligung.karlsruhe.de/aktuelle-projekte/>
<https://beteiligung.karlsruhe.de/abgeschlossene-projekte/>